

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 27 Amt Dönhof 202 bis 207
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER



VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wer regiert?

Hermann Müller oder Franz v. Papen?

Mancher Berliner mag sich wohl erstaunt die Augen gerieben haben, als er an den Anschlagäulen die neuesten kommunistischen Plakate erblickte! Leben wir nun, so dachte er, im Jahre 1928 oder im Jahre 1932, und heißt der deutsche Reichskanzler immer noch Hermann Müller oder heißt er nicht schon seit einiger Zeit Franz v. Papen?

Warum hat die kommunistische Partei sozial Arbeit und Geld angewandt gegen eine Regierung, die gar nicht mehr existiert? Wären Arbeit und Geld nicht vielleicht besser angewandt, wenn man mit dem gleichen Eifer gegen die jetzige Reichsregierung

Die Freiheit ruft!

Millionenschrei:

Das Volk entscheidet Liste 2!
Sozialdemokraten!

losgeschlagen hätte? Diese Frage erledigt sich nach kommunistischer Logik ungeheuer einfach. An der gegenwärtigen Reichsregierung besteht kein oder nur ein höchst mäßiges Interesse, weil keine Sozialdemokraten in ihr sitzen. Die Regierung Hermann Müller dagegen war eine Koalitionsregierung, an der Sozialdemokraten beteiligt waren. Da auch bei dieser Wohl der „Hauptschlag“ befehlsgemäß gegen die Sozialdemokratie zu führen ist, kann man mit Papen gar nichts anfangen und muß man auf Müller zurückgreifen.

Dazu kommt noch eines: Ueber Papen hätte man ein sehr schönes Plakat anfertigen können, in dem lauter Wahrheiten standen! Das Plakat gegen die Hermann-Müller-Regierung dagegen besteht aus lauter Lügen. Würde der SPD ein Wahlkampf Spaß machen, in dem man die Wahrheit sagt und nicht lügt?

Darum nichts gegen Papen und alles gegen Hermann Müller! Wenn man sich nun auch gegenüber einem politisch ununterrichteten Publikum manches leisten kann, so glauben wir doch, daß das kommunistische Plakat eine große Torheit ist. Denn es fordert auch den einfachsten Verstand zu Ueberlegungen heraus, die den Kommunisten höchst unbequem werden können. Wenn nämlich am 6. November darüber abgestimmt werden sollte, ob die Zustände, wie sie jetzt unter Papen bestehen bleiben sollen oder ob die Zustände wiederkehren sollen, wie sie zu Zeiten Hermann Müllers bestanden — es würde keinen Kommunisten in Berlin und in ganz Deutschland geben, der dann nicht für die Wiederkehr der Hermann-Müller-Regierung stimmen würde!

Daß uns auch damals keine abgetretenen Tauben in den Mund geflogen sind, wissen wir alle. Aber kein Mensch kann schließlich so verdreht sein, nicht zu bemerken, daß damals trotz alledem das Leben für die arbeitenden Massen etwas freier und leichter war, als es jetzt ist. Schließlich sollte auch ein kommunistischer Verstand für den Unterschied finden, wenn Angehörige der Arbeiterklasse oder wenn Barone in der Regierung sitzen.

Über der Hauptschlag muß gegen die Sozialdemokratie geführt werden! Darum schreit man lieber auf den toten Hermann Müller als auf den lebenden Papen, und darum läßt man lieber über die Regierung Hermann Müller, als daß man über die Regierung Papen die Wahrheit sagt!

Der Bankrott der Gewaltpolitik

Kommissar Brachts Bilanz: Das Funktionieren des ganzen Reichsapparats in Frage gestellt!

Das Kabinett der Barone behauptet, daß es sein diktatorisches Regime in Preußen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiter fortsetzen müsse. Was dies Regime über Preußen gebracht hat, geht aus einem geheimen Schreiben des Reichskommissars Bracht an den Reichskanzler und sämtliche Reichsminister hervor. Dies Schreiben wird im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht. Es stammt vom 18. Oktober 1932. Darin steht u. a.:

„Da den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Aufnahme irgendwelcher Kredite nicht mehr möglich war und ist, sind ihre sämtlichen eigenen Fonds (einschließlich der zweckverbundenen) inzwischen aufgezehrt worden.“

Die Rückstände der preussischen Gemeinden an nichtabgelieferten Staatssteuern beliefen sich am 30. Mai 1932 auf 61,7, am 30. Juni 1932 auf 83,1, am 31. Juli 1932 auf 107,2 und am 31. August 1932 auf 129,6 Millionen Reichsmark. Seldem sind sie weiter gestiegen, trotzdem durch den Runderlaß vom 22. August 1932 — Min-Blatt für die innere Verwaltung, Seite 843 — alle nur erdenklichen Maßnahmen getroffen worden sind, um die Ablieferung der Staatssteuern sicherzustellen.

Gerade der praktische Mißerfolg dieses Erlasses ist ein klassischer Ausdruck für die ungeheure Finanznot der Gemeinden

und ihrer Rückwirkung auf andere Interessensphären, indem selbst die lokalen Aufsichtsbehörden im weitesten Umfang genötigt waren, sich über die jetzigen Anordnungen der Zentralinstanzen einfach hinwegzusetzen, um den Gemeinden durch Freigabe hoher Beträge an Staatssteuern die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vorläufig noch sicherzustellen.

In welche unüberwindliche Schwierigkeiten der Staat dadurch gekommen ist, braucht nicht heroogehoben zu werden.

Das Funktionieren des ganzen Staatsapparates ist durch Rückstände in solcher Höhe in Frage gestellt.“

Nach einer Darstellung der trostlosen Finanzlage im einzelnen heißt es dann weiter:

„Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, daß die Dinge so nicht weiterlaufen können. Die schwere und sich ständig verschärfende Finanzkrise der Gemeinden und Gemeindeverbände kann auch nicht weiterhin isoliert für sich betrachtet werden. Sie hat bereits in immer stärkerem Maße Auswirkungen auf die Lage des Staates und anderer Körperschaften, nicht minder aber auch der privaten Wirtschaft gezeitigt.“

Diesbezüglich muß ich mit aller Deutlichkeit betonen, daß der Zusammenbruch

zahlreicher Gemeinden und Gemeindeverbände alle Maßnahmen zu nichte machen würde, welche die Reichsregierung zur Hebung des Vertrauens und zur Belebung der Wirtschaft inzwischen eingeleitet hat.“

Dr. Bracht schlägt dann u. a. die sofortige Erhöhung der schlüsselmäßigen Reichswohlfahrtsdotationen monatlich um mindestens 25 Millionen Mark aus dem Ersparnis der Mu und Pru, and zwar bereits für den Oktober 1932 vor und schreibt dazu:

„Ich betone dabei nochmals besonders, daß diese Erhöhung schon für den Monat Oktober unerlässlich ist, denn gerade für ultimo Oktober fürchte ich die größten Schwierigkeiten. Würde die Erhöhung, entgegen meinen dringenden Vorstellungen, erst für den Monat November erfolgen, dann könnten inzwischen schon mehrere, und zwar große Gemeinden, namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, zusammengebrochen sein.“

und der dadurch bewirkte Rückschlag könnte auch unübersehbare politische Auswirkungen haben.“

Das Kabinett der Barone treibt Rechtspolitik für die Junker in Preußen, es fehlt der Bevölkerung tönende Reden über die Reichsreform vor, es greift nach den Rechten des Volkes — aber hinter der Fassade des Regiments der Barone liegt ein schauerlicher Trümmerschutt!

Welche Enthüllungen über den Bankrott des Regiments der Barone hat das Volk erst nach dem 6. November zu erwarten! Die Erbschaft der Diktatur wird erschreckend sein. Wenn Herr Bracht schon am 18. Oktober einen solchen Bericht an seinen Auftraggeber gerichtet hat, dann kann man das Schlimmste erwarten!

Fort mit der Diktatur! Halte Abrechnung am 6. November!

Flieger verschollen

D 2017 London—Köln verunglückt

Das Postflugzeug D 2017 auf der Strecke London—Köln, das Sonnabend um 7 Uhr abends von London abgeflogen war, sandte etwa 40 Minuten nach dem Start funktentelegraphisch Hilferufe. Da sich das Flugzeug zu dieser Zeit in der



Der Pilot Cuno

Nähe des Kanals befinden mußte, wurde der gesamte Küstenwachdienst alarmiert. Es gelang jedoch nicht, eine Spur von dem vermissten Flugzeug zu finden. Im Kanal herrschte schweres, stürmisches Wetter. Auch die Befragung eines nach Tagesanbruch zur Nachsuche von Köln nach London entsandten Flugzeugs konnte keine Feststellungen machen, so daß man wegen des Schicksals der Flieger starke Beforgnisse hegt. Nach einer unbestätigten Meldung aus Brüssel soll ein unbekannter Dampfer die Flieger gerettet haben. Es handelt sich um den Flugzeugführer Wilhelm Cuno, der bereits 300 000 Kilometer im Luftverkehr und davon allein auf der Nachstrecke nach London 120 000 Kilometer zurückgelegt hat, und

den Junker und Maschinisten Werner Drebes, der seit zwei Jahren mit Cuno auf dieser Linie fliegt. Da es sich um ein Nacht-Postflugzeug handelt, befanden sich keine Passagiere an Bord.

Die weiteren eingelaufenen Nachrichten zu dem Unglück des Nachtflugzeugs London—Köln sind sehr widersprechend. Bisher konnte die Rettung der deutschen Flieger noch nicht bestätigt werden. Auf dem Flugplatz von Croydon liegen außer der kurzen Brüsseler Meldung, daß die Insassen des Flugzeugs D 2017 von einem unbekannten Dampfer am Sonnabend um 23.40 Uhr MEZ aufgenommen worden seien, noch keine weiteren Meldungen vor. Die meteorologische Lage war beim Start des Flugzeugs keineswegs ungünstig. Es wehte zwar ein starker Wind, aber erst späterhin setzte der Sturm ein. In Brüssel wurde von dem dortigen Flughafen später unter allem Vorbehalt eine Meldung ausgegeben, nach der zwar das Wrack der D 2017 von einem Dampfer unbekannter Nationalität gefunden sein soll, von der Besatzung aber jede Spur fehle. Dieser Meldung widerspricht eine weitere Meldung ebenfalls aus belgischer Quelle, die besagt, daß die Flieger von einem dänischen Dampfer, dessen Name jedoch nicht genannt wird, im Kanal gerettet sein sollen. In Brüssel ist ferner eine Nachricht aus Marseille eingelaufen, die einen Funkspruch des Dampfers „Gaslight“ erwähnt, der in der Nacht zum Sonntag im Wattenmeer von Gunkstert ein Feuer in der Luft bemerkt haben will. Auf dieser Meldung bauen wohl die Gerüchte auf, die von einem Brand an Bord der D 2017 wissen wollen.

Klage gegen Bracht

Um die Schulden von Ohlau

Mit der famosen Bracht-Auflage „Die Schuld von Ohlau“ beschäftigte sich heute das Landgericht I. Es soll entscheiden, ob diese Auflage den „Vorwärts“ und 15 weiteren Parteiblättern zu Recht aufgezwungen worden ist oder ob der preussische Staat die durch Abdruck dieser „Auflage“ entstandenen Insertionsgebühren in Höhe von 1300 Mark zu bezahlen hat.

Bracht hat im August und September dieses Jahres die Beurteilung nicht gefallen, die dem Ohlauer Schreckensurteil gegen die Reichsbannerleute im „Vorwärts“ und anderen Parteiblättern zuteil wurde. Er schickte deshalb an die sozialdemokratischen Blätter und einen Teil linksbürgerlicher Zeitungen eine „Auflage“ nach Schema F, die nichts anderes enthielt als einen Teil der Urteilsbegründung im Ohlauer Prozeß. Diese einzigartige „Auflage“ war mit einem Begleitschreiben versehen, in dem es u. a. hieß: „Anlässlich der Verhandlung über den Ohlauer Landfriedensbruch... hat Ihre Zeitung

Hente Neue Welt: Massenkundgebung

Abends 7.30 Uhr. Redner: Friedrich Stampfer, M. d. R.; Erich Schmidt, SAJ.; W. Scheyvens, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes. — Mitwirkende: Spieltruppe der SAJ. und des Reichsbanners.

